

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Blummann, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1011. — Für Inserate 1967, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei den Ausgabestellen vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Tagespostzeitung 25 Pf., Anzeigen von auswärtig 35 Pf., im Restausfall Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Kabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkassennr. Nr. 5258 Berlin.

Nr. 147.

Magdeburg, Mittwoch den 26. Juni 1918.

29. Jahrgang.

Der Verständigungsfriede.

Nicht Hertling, sondern Kühlmann hat am Montag im Reichstag gesprochen. Nicht der Reichskanzler, sondern der Minister für Auswärtiges. Für die Wirkung nach außen kommt es auf dasselbe hinaus, denn die Linien der Rede sind vorher in der Regierung festgelegt worden.

Was Kühlmann gesagt, ist weiter unten zu finden. Die Mitteilungen haben die Kennzeichnung seiner Worte schon fertig. In ihren Augen ist Kühlmann ein Defaitist, ein verzagter Friedensanhänger, einer von denen, die Clemenceau erschließen läßt.

Diese Kennzeichnung enthüllt die geistige Benommenheit der Eroberungsfanatiker. Tatsächlich hat Kühlmann nur ein paar ganz kleine Wahrheiten ausgesprochen, über die sich längst alle Verständigen einig sind.

Der Kühlmann-Rede ist übrigens ein merkwürdiger Pressestreit vorausgegangen: darüber, ob der Kanzler selber reden werde oder nicht. Schließlich verkündeten die Offizien, die Regierung halte die Zeit nicht für gekommen, sich programmatisch zu äußern und festzulegen. Das ist eine seltsame Auffassung; denn für die Welt steht natürlich das, was der Staatssekretär des Auswärtigen sagt, genau ebenso als Kundgebung des Deutschen Reiches da wie eine Kanzlerrede. Und etwas muß schließlich jede Regierung zu sagen haben, wenn ihr Haupttat zur öffentlichen Verhandlung steht. Dabei bleibt freilich richtig, daß sich irgendeine entscheidende Veränderung in der außenpolitischen Lage nicht vollzogen hat.

Kühlmann sprach über die

Offfragen.

feierte den jungen finnischen Staat, glitt über die ukrainischen Wirren hinweg, verhüllte nach Möglichkeit, daß noch immer keinerlei Einigkeit über Polens Zukunft erzielt ist, und berührte dann die Fragen des Kaukasus und des Baltikums. Die deutsche Regierung betrachtet die Lösung Georgiens, Armeniens, Litlandes und Estlandes von Rußland als tatsächlich vollzogen, will aber die Republik Georgien und die Unabhängigkeit der baltischen Provinzen, die nachher in ein enges Schutzverhältnis zum Deutschen Reich treten sollen, formell erst anerkennen, wenn sie sich auf den Konferenzen in Berlin und Konstantinopel mit der Sowjet-Republik darüber verständigt hat.

Neu war an diesen Ausführungen nichts. Der Reichstag nahm sie schweigend auf.

Kühlmann ist kein guter Redner; er spricht langsam und sucht unsicher nach Worten. Als er zur Festfrage mit der Bemerkung überleitete wollte, daß der Höhepunkt des Jahres bereits überschritten sei, ohne daß die Aussicht auf Frieden festere Gestalt angenommen hätte, drückte er den Gedanken so ungeschickt aus, daß man lachte. Aber bald führte die Bedeutung der Probleme selbst Ernst und Aufmerksamkeit zurück.

Kühlmann bestritt, daß niemand einen

so lang dauernden Krieg für möglich

gehalten hätte. Motte habe schon 1890 vorhergesagt, daß ein Krieg unter den vollgerüsteten Großmächten siebenjährig oder auch dreißigjährig sein könne. Deutschland sei es nicht, das, wie Balfour wieder einmal behauptet hat, um der Welt Herrschaft willen den Krieg entfesselt hätte. Dazu ging es Deutschland vor dem Kriege zu gut. Herbeigeführt hat nach Kühlmann die Explosion das wankende russische Zarat, um der Revolution zu entgehen; seine Verbündeten haben es nicht zurückgehalten. Deutschland habe auch im Kriege niemals die Herrschaft über die Welt oder über Europa erstrbt; es blieb sich stets bewußt, daß an einem solchen Unternehmen jedes Volk verblutet müßte. Deutschland will nur den Bestand in Europa, den es vor dem Kriege hatte, behalten, seinen freien Anteil am Seeverkehr und Welthandel sichern und die Beteiligung am Kolonialbesitz haben, die seiner kulturellen Bedeutung und organisatorischen Fähigkeit entspricht.

In Übereinstimmung mit diesem gemäßigten Ziele hat Deutschland

wiederholt die Hand zum Frieden

geboten: im Friedensangebot vom Dezember 1916, in der Reichstagsresolution vom Juli 1917 und in der Antwortnote an den Papst. Diese Kundgebungen haben kein entsprechendes Echo gefunden. Weitergehende Erklärungen von öffentlicher Tribüne lehnte Kühlmann als zwecklos ab. Insbesondere weigerte er sich ein „Vorverständnis“ über Belgien auszusprechen, d. h. den klaren deutschen Ver-

zicht auf Belgien auszusprechen, solange nicht die Feinde ihrerseits die Unantastbarkeit des deutschen Reichsgebietes einschließlich Elsaß-Lothringens anerkennen.

Gingegen ist die deutsche Regierung jederzeit zum Verhandeln bereit. Sie glaubt nicht daran, daß der Krieg rein automatisch durch militärische Machtmittel absolut zwingend in absehbarer Zeit beendet werden kann. Verhandlungen werden aber nur dann einen Erfolg versprechen, wenn man von vornherein ein gewisses Vertrauen in die Unständigkeit und Ritterlichkeit des Gegners setzt und nicht in jedem Friedensbemühen eine „Friedensfalle“ oder einen Versuch zum Auseinanderreißen der Bundesgenossen erblickt.

Kühlmann unterstreicht die Gunst der militärischen Lage Deutschlands vorsichtig, aber doch mit vollem Nachdruck. Aber schon die einfache Feststellung, daß die bisherigen deutschen Siege politische Wirkungen noch nicht erzielt haben, und daß auch ein Ende des Krieges auf dem rein

militärischen Wege nicht abzusehen

ist, rief das tiefe Unbehagen der wildgewordenen Anmerksungen hervor, das sich zunächst mehr in Grimassen als in Worten äußerte, dann aber durch Westarp sich Luft machte.

Die Abgabe an Welt Herrschaftsträume, die sehr energisch ist, und die Geneigtheit, den Krieg durch Verhandlungen ohne letzte Waffenentscheidung zu beenden, sind nach wie vor die Grundlinien der deutschen Reichspolitik. Sie bilden die Basis des Zusammenwirkens der Mehrheitsparteien und der Regierung. Sie genügen, um die Entrüstung der Vaterlandsparteier hervorzurufen. Denn solange die Regierung daran festhält, ist der Plan jener Kreise aussichtslos, Arbeiterklasse und Staatsgewalt in einen akuten unüberbrückbaren Konflikt hineinzutreiben.

Die wahren Defaitisten sind stets die, die durch leichtfertige Siegesprahlereien und unsinnige Eroberungspläne die innere Einheit untergraben und dadurch die Widerstandskraft schwächen.

Der Sitzungsbericht.

Am Bundesratsstisch: Von Hertling, von Faehr, von Kühlmann, Wallraf.

Das Kollegium über den Etat der Schutzgebiete wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die allgemeine Debatte über den

Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes

Hierzu liegt ein Antrag Strejemann (nail) vor, einen Ausschuss zur Prüfung der Reorganisation des Auswärtigen Amtes einzusetzen in den außer Reichskanzler des Bundesrats, des Reichstags, des General- und Admiralsstabs insbesondere auch Vertreter des am Ueberseehandel beteiligten Kaufmannstandes und der deutschen Exportindustrie berufen werden sollen.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Kühlmann:

Ein kurzes Bild über die Gesamtlage der Reichspolitik! Wenn ich zunächst das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen berühren darf, so ist in der uns benachbarten verbündeten und befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie der glänzende Staatsmann und Minister des Auswärtigen Graf Czernin aus innerpolitischen Gründen aus seiner Stellung ausgeschieden. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, der stets bundesfreundlichen Tätigkeit des Grafen Czernin zu gedenken, und wenn aus etwas das Scheitern dieses Ministers als nicht den Interessen unsers engern Verbundes schädlich hat erscheinen lassen, so ist es die Person seines Nachfolgers, des Grafen Burian, eines bewährten Diplomaten, dessen treue Freundschaft und Anhänglichkeit an das Bündnis von vornherein über allen Zweifel erhaben gewesen ist. (Beifall.) Graf Burian hat bei seinem Besuch in Berlin in eingehenden Konferenzen mit dem Reichskanzler die Grundfragen erörtert. Der Gedanken-austausch wird schriftlich fortgesetzt und dürfte demnächst auch bei einem Gegenbesuch des Reichskanzlers in Wien seine Fortsetzung finden.

Mit Bulgarien, das in schwerer Zeit an unsere Seite getreten ist, sind die persönlichen und politischen Beziehungen immer enger geworden. Wir alle haben wohl bedauert, daß der hochberühmte Altmeister bulgarischer Politik, Radoslawow, der immer eine Seele des Bündnisses war, aus innerpolitischen Gründen vom Ministerium zurückgetreten ist. Der Personalwechsel wird kein Abweichen von der bisherigen Politik bedeuten.

In der Türkei sind innere Veränderungen nicht nur schon eingetreten. Ganz selbstverständlich ergeben sich bei der Liquidation eines so gewaltigen Kampfes Einzelfragen, die die diplomatische Aufmerksamkeit beider Teile in hohem Maße in Anspruch nehmen. Ich erwähne die Lösung der Nordosttürkischen Frage, die Regelung der Maritimenzone und den Kaukasus. Aber nirgends besteht ein ernsthafter Interessengegensatz zwischen uns und der Türkei, so daß alle diese Fragen

eine befriedigende Regelung finden werden. In den nächsten Tagen wird eine Konferenz von Vertretern des Vierbundes und der kaukasischen Völker

zusammentreten, um die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen der Lösung entgegenzuführen. In Rußland haben Vorkämpfer nationaler und sozialer Natur zu revolutionären Erscheinungen geführt und den russischen Staatsstoloz in eine Lage gebracht, die heute noch nicht als stabil bezeichnet werden kann. Der Leitstern unserer Politik gegen Rußland ist: Scharfe Beobachtung, äußerste Vorsicht und, soweit es sich um interne russische Angelegenheiten handelt, weise Zurückhaltung. Der finnische Boden ist von der roten Garde gereinigt und alles deutet darauf hin, daß Finnland im Begriff steht, seine hohe Kultur in Form eines selbständigen Staates weiter zu entwickeln. Die Zerrettung des Baltikums durch die im Friedensvertrag vorgesehene Linie hat eine außerordentlich schwierige Situation geschaffen. In Übereinstimmung mit der gesamten deutschen öffentlichen Meinung haben wir uns entschlossen, auf den Hilferuf der Provinzen Estland und Litland, diesen zu Hilfe zu kommen und

das rote Schreckensregiment

durch ein Regime der Ordnung und der Ruhe zu ersetzen. Vor endgültiger diplomatischer Anerkennung dieser staatlichen Gebilde wünschen wir mit der russischen Regierung der Sowjets in Moskau in einen Gedankenaustausch darüber einzutreten, unter welchen Modalitäten die Anerkennung der Selbständigkeit solcher staatlichen Neubildungen erfolgen solle. Da auch noch andere Fragen der Klärung bedürfen, stehen wir im Begriff, mit bevollmächtigten Vertretern der russischen Republik in Berlin Verhandlungen abzuhalten, die hoffentlich zu einer freundschaftlichen Einigung führen werden. Zur Bearbeitung der innerorganisatorischen Offfragen ist ein besonderer kaiserlicher Kommissar ernannt worden. Was die Polenfrage anbetrifft, so hat bisher ihre fast unlösliche Zusammenhang mit der Lösung der baltischen Fragen zwischen Österreich und Deutschland die Entscheidung verhindert. Ich hoffe aber, daß nach der Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen sich eine befriedigende Lösung dieser Frage finden wird. Die drei Staaten, Georgien, Armenien und Katalien, haben sich zu einer transkaukasischen Republik vereinigt, um dadurch ihre Widerstandskraft zu erhöhen. Die Türkei hat bei dem Vormarsch nach den ihr nach dem Dreifrontenfrieden zustehenden Gebieten den linken Flügel der vordringenden Truppen ziemlich weit in Gebiete hineingehoben, welche für eine dauernde Okkupation oder Annexion durch die Türkei nicht in Frage kommen konnten. Nach Rücksprache der beiden Obersten Heeresleitungen ist der türkische Vormarsch nach Kaukasien hinein eingestellt worden und die Modalitäten der künftigen Regelung der kaukasischen Angelegenheiten sollen in der Konferenz in Konstantinopel geordnet werden.

Gegenüber Finnland, Schweden und Dänemark wünschen wir alle auftauchenden Fragen in Freundschaft zu behandeln. In der Frage der Mandatsinseln hat eine Einigung dahin stattgefunden, daß die vertragswidrigen Besetzungen beseitigt werden sollen; über die Zukunft dieser Inseln ist Endgültiges noch nicht beschlossen worden. Dänemark, Holland und die Schweiz haben unbeeinträchtigt an ihrer Neutralität festgehalten, und darüber hinaus das möglichste getan, die

Leiden der Verwundeten und Kriegsgefangenen

zu lindern. (Beifall.) Der bisherige Verlauf der Haager deutsch-englischen Gefangenen-austausch-Konferenz berechtigt zu der Hoffnung, daß dieses Werk der Menschlichkeit gelingen wird. (Bravo!) Auch Spanien hat keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, sich in den Dienst der Humanität zu stellen. — In Südamerika sind einige kleinere Staaten unter dem Druck der Union auf der Seite unserer Feinde getreten. Es ist die Politik der Reichsleitung nach wie vor, daß wir alles zu tun beabsichtigen, um den Eintritt weiterer neutraler Staaten in den Lager unserer Feinde unmöglich zu machen.

Die Beziehungen zu den andern Staaten sind zurzeit rein militärischer Natur. Die Lage im Westen ist derart, daß die Initiative vollkommen bei der deutschen Obersten Heeresleitung ruht, und daß wir hoffen können, daß der Sommer und der Herbst unsere Waffen neue große Erfolge bringen werden. Die österreichisch-ungarische Armee hat in frühem Anlauf die italienische Stellung angegriffen und nennenswerte Erfolge errungen, große wichtige Verbände der Feinde an ihre Front gestößt. Der längste Tag des Jahres ist bereits vorüber (Sehr richtig! Beifall), und wenn man von weiterem Warte aus die Ereignisse überblickt, muß man sich fragen: wird dieser Krieg nach menschlichem Ermessen noch im Herbst und im Winter in das fünfte Jahr hinüberdauern? Biersack herrscht in unserer Öffentlichkeit die Meinung, daß die Länge dieses Krieges ein absolutes Novum bedeutet, als hätten maßgebende Stellen mit sehr langen Kriegen in der Vergangenheit überhaupt nicht mehr gerechnet. Diese Meinung ist unrichtig. Ich habe dafür als Kronzeugen keinen geringeren als den Feldmarschall Grafen Motte, der in diesem Hause am 14. Mai 1890 ausgeführt hat: „Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als 10 Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unsern Häuptern schwebt, zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und sein Ende nicht abzusehen.“

Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerufen wie nie zuvor, miteinander in Kampf treten. Keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für übermunden erkläre, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nie wieder erheben sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann auch ein dreißigjähriger Krieg werden. (Marsch.) Wehe dem, der Europa in Brand setzt, wer den ersten Funken in das Pulverfaß schleudert.“

Die Verhältnisse haben sich seit der Zeit nur in dem Sinne verschoben, daß die Mächte, die am Kriege beteiligt sind, ihre Kräfte seitdem noch ungebeuer verstärkt haben und nicht nur,

wie es damals wahrscheinlich erschien, die Mächte Europas, sondern auch große überseeische Mächte wie Japan und Amerika in den Kampf eingetreten sind. Mit Sicherheit irgendeinen Augenblick ins Auge zu fassen, von welchem man sagen könnte, dieser Krieg muß zu Ende gehen, ist mithin meines Erachtens unmöglich, und man muß deshalb nach den politischen Motiven auspähen, welche eventuell eine Friedensmöglichkeit eröffnen könnten. Nach dieser Seite muß ich sagen, daß trotz der glänzenden Erfolge unsrer Waffen auf Seiten unsrer Gegner

Friedenswilligkeit, Friedensbereitschaft noch nirgends

herorgetreten ist. Die deutsche Regierung hat wiederholt in Kundgebungen, welche für die breitesten Oeffentlichkeit bestimmt waren, ihrerseits ihren Standpunkt festgelegt. Nichts haben unsre Gegner aufzuweisen, was sich einigermaßen mit dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Beantwortung der Papstnote in eine Reihe stellen könnte. (Sehr richtig!) Und die Enthaltungen unsrer Gegner, insbesondere der englischen Staatsmänner, welche jede Gelegenheit ergreifen, um in der Oeffentlichkeit für ihre Ideen und Anschauungen zu wirken, lassen noch keinen Lichtschein in das Dunkel dieses trügerischen Dramas fallen. Minister Balfour hat vor einigen Tagen eine auch in der deutschen Oeffentlichkeit vielbeachtete Rede gehalten, auf die ich mit wenigen Worten eingehen möchte, obwohl sie bisher nur im telegraphischen Auszug vorliegt. In dieser Rede ist die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Weltbeherrschung an sich zu reißen. Diese Legende wird dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nicht wahrer. Ich glaube nicht, daß ein verständiger Mensch in Deutschland jemals vor diesem Kriege die Hoffnung oder den Wunsch gehabt hat, Deutschland möge die Weltbeherrschung erringen, und ich glaube nicht, daß irgendein verantwortlicher Mensch in Deutschland, geschweige denn Seine Majestät der Kaiser und die Regierung auch nur einen Augenblick daran gedacht haben, es könnte durch Entfesselung eines Krieges in Europa die Weltbeherrschung gewinnen. Der Gedanke der Weltbeherrschung in Europa ist — das hat das napoleonische Beispiel gelehrt — eine Utopie. Die Nation, welche sie bewirklichen wollte, würde sich, wie es Frankreich am der Wende des Jahrhunderts ergangen ist, in nutzlosen Kämpfen verbluten und in ihrer Entvölkerung auf das äußerste geschwächt und zurückergraben werden. (Sehr richtig!)

Dieser Krieg ist das Werk Rußlands

der gewissermaßen russischen Politik, der Angst der leitenden russischen Kreise vor der Revolution, welche die unbalancierten Verhältnisse in dem Lande näher und näher rücken. Daß die andere Mächte, daß Frankreich als Kriegesgegner dabei schüchtern mitgespielt hat, daß die englische Politik sehr dunkle Seiten in dieser Beziehung aufzuweisen hat, daß insbesondere die Haltung der englischen Regierung unabweisbar vor dem Kriegsausbruch den russischen Kriegswillen fast einsehen mußte, dafür gibt es bereits genügend Beweise. So viel über die Schuld am Kriege. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln und hat vor allem nicht einen Augenblick gedacht, dieser Krieg könne auch nur zur Beherrschung Europas, geschweige denn zur Weltbeherrschung führen. Im Gegenteil, die deutsche Politik bestand sich damals in der Lage, begründete Aussicht zu haben, wesentliche Ziele, die Lösung der Verhältnisse im Orient und die Ordnung der kolonialen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen in vollkommen zufriedenstellender Weise bewerkstelligen zu können.

Ich halte es aber für wichtig und notwendig, nicht nur zu sagen, daß die deutsche Behauptung ein Hirngespinn ist, wenn nicht eine Verleumdung ist, sondern ich halte es für notwendig, in wenig Worten ganz einfach und leicht verständlich zu sagen, was wir wollen.

Wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk — und das gilt natürlich mindestens auch für unsre Verbündeten — daß wir innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gegeben hat, frei, friedlich und selbstbestimmt leben können, daß wir über See den Handel haben, welcher unserer Größe, unserer Reichtum und unserer besonderen internationalen Beziehungen entspricht, und daß wir die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unsere Handel, unsere Verkehr in alle Weltteile zu treiben. (Sehr richtig.) Das sind mit wenigen allgemein verständlichen Worten die Ziele, deren Erreichung eine unabdingbare Lebensbedingung für Deutschland ist. (Ermehrte Zustimmung.) Ich habe die Ehre gehabt, bei einer jüngeren Besprechung in diesem Hause diese Punkte hervorgehoben, daß die unabdingbare Lebensbedingung des Grundgedankes des deutschen Volkes und seiner Verbündeten eine unabdingbare Voraussetzung — ich sage ausdrücklich Voraussetzung — für die Ausübung irgendwelcher Friedensgespräche oder Friedensverhandlungen bildet. Ich habe mir damals ausdrücklich erlaubt, daß darüber hinaus sämtliche Fragen Gegenstand der Beratung und Gegenstand der Erwägung sein können, und ich glaube, so steht die Sache auch noch heute. Es sind uns von englischer Seite immer wieder der Vorwurf gemacht, daß wir

in der belgischen Frage

aus englische Ansetzungen hin nicht bereit seien, in öffentlichen Erklärungen Stellung zu nehmen. In diesem Punkte differieren auch die geschichtlichen Erfahrungen der kaiserlichen Regierung von denen, welche die englischen Staatsmänner auszusprechen. Wir betrachten Belgien als eine der Fragen im Gesamt-Komplex der Fragen, wir müssen es aber ablehnen, in der belgischen Frage vorzugehen als Vorbedingung für Erklärungen abzugeben, die uns haben würden, ohne daß der Gegner auch nur im geringsten zurückgehe. (Sehr richtig!) Belgien hat Mr. Balfour hauptsächlich schon langweilig, wir sollten keine Erklärungen abgeben, daß die Erwägung über die belgische Frage den Schluß der englischen Liga, einschließlich der Frage der Unabhängigkeit, hat sich hauptsächlich gehandelt, und die Punkte zu bezeichnen, an denen er weitergehende Ansprüche oder Wünsche auszusprechen darf. Auch den jüngeren Erklärungen ist der Vorwurf nicht mangelhaft, daß diese Rede ausschließlich an die Wünsche des Reiches geknüpft waren, und daß insbesondere der Teil über das Mittelmeer hin noch sehr unklarheitlich den europäischen Truppen bezüglich der Belandung und der Belandung des Mittelmeeres. Ich habe schon heute die Begründung, die notwendig für solche Wünsche gegeben werden muß, daß England das unabweisbare die ganzen Fragen an Gut und Blut geschädigt haben kann, ohne auch nur im geringsten einen berechtigten Gewinn zu erzielen. (Sehr richtig!)

Was nun den nachhergehenden Gang der Erwägung betrifft, so ist außer dem nachhergehenden und auch von mir ausgesprochenen werden, daß die gegenwärtigen Stadium der Verhandlung auf dem Wege zum Frieden von wesentlichen Entscheidungen, die nur nach gegenseitiger Zustimmung der Verbündeten auszusprechen, ein verständlicher Gedanke kann nicht zu erkennen ist. (Sehr richtig!) Wir können auch nicht anders gegen die Rede als zu sagen machen, die Mr. Balfour am 12. Mai gesprochen hat, wenn wir nicht die belgische Frage die belgische Frage sein. Die belgische Frage, welche die Welt nicht nur in der belgischen Frage eines einzelnen Punktes geschiedet, und wenn ein Vertrag an sie geknüpft wird, von welcher Seite er auch kommen würde, wenn er nicht im ungewissen ist, sondern wenn man einen Vertrag nicht, kann man nicht sagen, daß ich schon, ein solches

Wird es das die eine Seite

Wagen. Aber das nicht deutlich sein. Wir können nicht anders als unsere Erklärung mit dem Bewußtsein abgeben, daß wir uns nicht unter keinen Fall mit dem Gegner einverstanden sein wollen — wenn er kommt, handelt würde wir nicht mit einem anderen Vertrag abgeben, sondern wir werden, so auch wir nicht die Verhandlung mit dem

man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Unabhängigkeit und Ritterlichkeit hat. Solange jede Anregung von dem anderen als Friedensoffensive, als falsche Unternehmung, um zwischen Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder annähernde Versuch auch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern auf das heftigste sofort bemängelt wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgendwo ein Gedankenaustrausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Und ohne solchen Gedankenaustrausch wird

bei der ungeheuren Gruppe dieses Koalitionskriegs

und bei der Zahl der in ihm begriffenen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende kaum erwartet werden können. (Sehr richtig! und Hört, Hört!) Unser Stellung, unsre ungeheuren Heerzettel an militärischen Hilfsmitteln, an Entschlossenheit im Innern, gestatten es uns, diese Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an Sieg ein Traum, eine Illusion ist, und daß, wie Ritter Aquith erwartet hat, sie auch seinerzeit den Weg finden werden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, die der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen. (Weilfall.)

Hg. Gröber (Zit.): Die von Rußland abgetrennten Randstaaten sollen uns mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen versehen und von Deutschland Schutz und Förderung genießen. Besonders kommen hierfür Finnland und die Ukraine in Betracht. Wir müssen das Vertrauen der ehemals russischen Gebiete gewinnen, um sie von der asiatischen Kultur loszureißen. Freilich sind in dieser Richtung die guten Absichten der deutschen Regierung durch eine schlechte Organisation nicht zur Ausführung gekommen. Es ist höchste Zeit, die polnische Frage einigüßig zu regeln. Es handelt sich um wesentlichen um die Wiederherstellung von Kongress-Polen. Ein treu mit uns vermindertes Polen wird für unsere notwendigen Schutz mehr bedeuten als ein irgendwie gestalteter Grenzstreifen. In der polnisch-russischen Grenze würde in einem zukünftigen Kriege die erste Entscheidung fallen; sie muß daher eine strategisch gesicherte sein.

In Litauen ist es nötig, der Bevölkerung in weitestem Maße die Organisation der öffentlichen Einrichtungen zu überlassen. Bei andern Maßnahmen darf man sich nicht wundern, wenn die anfangs uns sehr geneigte Stimme der Bevölkerung in ihr Gegenteil umschlägt.

Die Unabhängigkeitserklärung von Estland und Livland hat die deutsche Regierung der russischen übermitteln; das war ihr gutes Recht auch nach dem Brest-Litovsker Frieden, der diesen Völkern das Recht der Selbstbestimmung bis zur Vollziehung von Rußland gibt. Wenn diese Völker nun diesem Rechte Gebrauch machen, so hat Deutschland allen Anlaß, sie hierbei zu unterstützen, zumal sonst England sofort versucht hat, sich dort einzunehmen und an der Spitze zu stehen. (Sehr richtig!) Nur müssen wir uns hüten, uns irgendwie in die Art der Ordnung der innern Verhältnisse einzumischen. Dasselbe gilt für die Ukraine, die auch unsere Schutz angeht, und wo man heutzutage sich über den Völkern unsrer Truppen. Getreide ist aus der Ukraine bisher nur in minimalen Mengen zu uns gekommen, doch wird sich das jedenfalls bessern. Deutschland und seine Kriegesziele sind jedenfalls kein Hindernis des allgemeinen Friedens. (Wato! i. Zit.)

Hg. Dr. Domb (Zit.):

Der russische Frieden hat zwar formal den Krieg im Osten abgebrochen, aber tatsächlich glüht und schwelt es noch auf dem Brandherd an allen Ecken, und kleine Flammen schlagen empor. Leider steigt auch immer noch deutsches Blut im Osten. Die schwere Sorge, daß dieser Friede nur eine Stempelarbeit sein werde, läßt sich nicht abweisen. Darum ist es Pflicht des Reichstags, diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es hängen noch hunderte Tausende an dem Himmel, und es wäre sehr schämerig, wenn sie sich nicht in einem Kriegesheil zusammenfänden. Die Entlassung, die der Ukraine-Friede gebracht hat, ist allgerade. Dieser sogenannte Preisfriede hat

weber hat uns Frieden

gebracht. Man spricht Schwereigkeiten des Transports usw. an. Gewiß, aber der Hauptgrund ist wohl, daß die Männer, die dort die deutschen Interessen zu vertreten haben, nicht mit der richtigen Meinung zu Werke gegangen sind. Man hat geglaubt, mit der militärischen Methode auch eine solche Aufgabe lösen zu können, mit der Selbstbestimmung, mit Einverständnis und mit dem Wohlwollen im Vordergrund. So hat man, trotz den guten Willen zu erlangen, den bösen Willen vergrößert. Die Herren, die dort die deutschen Interessen wahrzunehmen sollen, sehen den Vorgang der russischen Revolution mit großer Verwunderung und innerer Abneigung gegenüber. Der Kern der russischen Bewegung liegt doch darin, daß dort die proletarischen Massen der Landbevölkerung aufstehen gegen die wirtschaftliche, politische und soziale Herrschaft der Grundbesitzer. Es ist der Widerstand der letzten großen Feudalherrschaft auf europäischem Gebiet. Obenherab folgt damit nur dem Beispiel, das ihm Mittel- und Westeuropa früher gegeben hat. Freilich gibt es auch hier noch Reste der alten Feudalherrschaft. Der einflussreichste Rest sind die Adelsherren.

Das wirtschaftliche Geistes befreit

und die Männer, die jetzt die deutsche Politik im Osten machen sollen. Die Regierung hat im Osten jetzt fast zu wenig Einfluß wie der deutsche Reichstag, die Wirtschaftswirtschaft entscheidet dort. Die russische Schwere ist nicht nur mit Hilfe der Zensur die Dinge, die dort vorzukommen sind, zu verhängen. Tatsache ist, daß die deutschen Funktionen sind, sobald sie dort hinkommen, unwillkürlich mit den ihnen wirtschaftlichen Grundbesitzern in Verbindung gesetzt haben. In der demokratischen Regierung, die sie zu Hilfe kommen sollte, hatten sie überhaupt kein Verhältnis. Ihr Einfluß ging dahin, dem demokratischen Herrschaft ein Ende zu machen. So haben sie mit den Grundbesitzern den Staatsreich verdrängt und haben dann die gewöhnliche Form hergestellt über die Bewegung gebracht, durch die sich der neue Heilmann in den Handel schwingt als Diktator von Sowjet der deutschen Militär-Organisation. Diese Bewegung sind kein Anzeichen für uns, am wenigsten der militärische Einfluß in die Führung der Zentralmacht und hauptsächlich in der Führung der Zentralmacht. Im Rahmen der deutschen Regierung — Hande hoch! Das ist

die Methode des Herrn von Oberburg

mit dem Reichstag und dem Mann. Diese Bewegung sind für uns außerordentlich peinlich. Schämmer ist, daß ihre Wirkung für die deutschen Interessen nicht spürbar ist. Ihr Zweck sollte sein, man erhebt das Wort zu kriegen. Aber nicht einmal dieser Zweck ist erreicht worden, sondern lediglich der Haß der Massen des demokratischen Volkes gegen die deutschen Truppen. Sie setzen in der Bewegung die Selbstbestimmung einer internationalen Bewegung, deren Ziel ist, die Grundbesitzer der demokratischen Bevölkerung gegen die russische Behandlung und Unterwerfung wieder zu befreien. Man sagt, der Heilmann will auch eine Revolution machen. Aber nicht nur das, er ist Grundbesitzer geworden, die ihre eigene Grundbesitzerhaft abgeben haben. Die demokratischen Bewegungen wollen nicht die kommunistische eigenständige Agitation, aber sie wollen den Boden aus dem Boden heraus nehmen, die ihn nicht bekommen. Die Herrschaft des Kapitalismus muß lediglich auf der deutschen Bevölkerung. Deshalb ist auch gar keine Aussicht, daß unsere Truppen dort heranzugehen werden können. Die aus dieser Bewegung des Haßes gelebte wirtschaftliche und politische Bewegung zu demselben gezielten werden sollen, ist nicht ersichtlich. Das gleiche Resultat hat man in Finnland erreicht durch die Ermordung in den Verhandlungen zwischen der belgischen Grundbesitzer in Finn-

land und der großen Mehrheit der dortigen Arbeiter und Bauern. Nach Niederwerfung der sozialistischen Wehmacht unter dem Schutze der deutschen Truppen hat man

ein Blut- und Nachgericht

über die gefangenen Gegner geübt, hat sogar die sozialdemokratische Landtagsfraktion vollkommen aus der Kammer beseitigt und schließlich eine Diktatur geschaffen, die mit Pressezensur, Verhaftungen, Wahrschlichterrecht einherging. Der Diktator Einbuß hat schließlich mit neun gegen acht Stimmen den Beschluß auf Einführung der Monarchie erlassen, während er bei seinem Besuch in Berlin mit gegenüber erklärt hatte, es denke kein Mensch in Finnland an eine Monarchie, sie seien alle Demokraten und Republikaner. (Hört, hört!) Ich möchte den Männern, die etwa auf den finnischen Königsthron reflektieren, ob sie nur aus Mecklenburg oder aus Berlin kommen, bringend raten, vorher den Beschluß einer aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen konstituante herbeizuführen. Geht er ohne diesen Schritt, so wird sich gegen ihn der Haß des Volkes richten. Ebenso hat sich in Estland und Livland die deutsche Verwaltung durch ihre Politik in feindseligen Gegenjah zu der großen Masse der Bevölkerung gestellt. Die demokratische Regierung hat man weggesetzt und die alte Ritterlichkeit und Landchaft wieder aus der Kammer herbeigeholt und etwas mehr aufgebüßet. Es ist die reinste Komödie, von einer Volksvertretung ist da keine Rede. So ist dann der Beschluß der Personalunion zustande gekommen. Die alte Regierung hatte die beste Absicht, sich mit der Reichsleitung zu verständigen. Aber man hat ihre Vertreter nicht nach Berlin durchgeschickt. Auch in Rußland ist es so gegangen. Fortgesetzt bekommen wir Briefe, die darüber klagen, daß dort niemand etwas von der Wahl einer Volksvertretung wüßte, die Zeitungen würden unterdrückt, man protestiere gegen Beschlüsse, die von einer kleinen Herrenkaste ausgingen. Die Folge ist doch hier der

Haß auf der ganzen Linie

gegen die deutsche Verwaltung. Was soll daraus entstehen. Nach dem Brest-Litovsker Frieden untersteht das Gebiet von Estland und Livland der russischen Oberhoheit. Das hat auch die deutsche Regierung ausdrücklich anerkannt. Die russische Regierung hat das Selbstbestimmungsrecht für Unabhängigkeitserklärungen dieser Länder. Hiernach kann keine Vereinbarung getroffen werden über den Kopf und gegen den Willen der russischen Regierung. Herr v. Kühlmann hat erklärt, daß bei allen solchen Bestimmungen vorher ein Gedankenaustrausch mit der russischen Regierung gepflogen werden solle und hierbei werde man sich der rechtlichen Lage wohl bewußt sein, wir hätten das größte Interesse daran, daß wir nicht wieder in einen neuen heillosen Konflikt mit Rußland hineinkommen. Das liegt auch im höchsten deutschen Interesse. Unser dringendster Wunsch ist, daß bei den bevorstehenden deutsch-russischen Besprechungen so verfahren werde. Das deutsche Volk will mit dem russischen, aber auch mit den Esten und Letten in Frieden und Freundschaft leben.

Trotz der formalen Unabhängigkeitserklärung Litauens ist alles beim alten geblieben. Statt Selbstverwaltung und Selbstbestimmung herrscht dort die militärische Verwaltung nach wie vor. Militärisch zwingende Gründe dafür kann es nicht geben, der eigentliche Grund ist, daß die Herren von der Militärverwaltung auch in die politische Gestaltung dieser Gebiete entscheidend hineinreden, und die Kompetenz der politischen Leitung an sich reißen wollen. (Sehr richtig!) Die wiederholten Reichstagsbeschlüsse, eine Selbstverwaltung einzurichten, sind unerfüllt geblieben. Man hat zwar einen Zivilkommissar ernannt, der dem Staatssekretär des Innern untersteht, aber dadurch sollen nur die Maßnahmen der Militärverwaltung nach außen hin von der Zivilverwaltung gedeckt werden. Was hat zum Beispiel die militärische Regelung des Schulwesens mit der militärischen Sicherheit zu tun? Die angeblich aufgehobenen Zwangsarbeits-Bataillone sind noch da mit all ihren Unzutuglichkeiten und Scheußlichkeiten. Man hat einfach den Arbeitern höheren Lohn versprochen, wenn sie einen Neberz unterzeichnen, daß sie freie Arbeiter sind (Hört, hört!), und so hat man sie im Handumdrehen in freie Arbeiter umgewandelt. Die große, aus dem Kampfe gegen den russifizierenden Zarismus und aus zwingenden wirtschaftlichen Interessen entstandene Sympathie der Litauer für uns, das Vertrauen, das sie den deutschen Truppen entgegenbrachten, ist nach Möglichkeit ausgelöscht.

Mißtrauen, Verstimmung und Haß

sind gefügt worden. Die litauischen Parteien, die sämtlich bauerlicher Natur sind, haben längst einen demokratischen Aufbau ihres Staatswesens gefordert. Demokratie aber ist der Scheuel und Grenel für die deutsche Militärverwaltung.

Die Polen werden uns gleichfalls immer mehr entfremdet. Die polnische Frage ist in erster Linie von ihnen selbst zu entscheiden. Deshalb ist es von vornherein zurückzuweisen, daß man z. B. in der Cholmsfrage verhandelt hat, ohne die polnische Regierung zuzuziehen. Was daraus entstanden ist, zeigt die ungeheure Zuspitzung der ohnehin schon so kritischen Verhältnisse in Oesterreich. (Sehr wahr!) Es gibt gar keine befriedigende Lösung der Ostfragen ohne Freundschaft mit Polen. Die von den Anexionisten verlangten Grenzverschiebungen gegen Polen müssen aber dieses Volk geradezu der Entente in die Arme treiben. Statt Befreiung empfinden die Völker der besetzten Ostgebiete eine neue Sklaverei, sie empfinden sie schwerer als die zaristische Herrschaft, die sie schwerer auf ihnen lastete, sie sehen ihr geistiges und politisches Leben geknechtet und meinen, daß diese Jahre zu dem schlimmsten gehören, was sie seit 18 Jahren erleben dürfen. Das alles geht weit über Kriegesnotwendigkeiten hinaus.

Sehr erfreulich war der Artikel der „Kreuzzeitung“, der ohne Ecken den alldeutschen Anexionspolitikern die Beschränktheit ihres Horizonts vorgeführt hat. Dieser Artikel war eine der besten Begründungen der Friedensresolution. Diese scheint übrigens nach der heutigen Rede von Kühlmann doch nicht irgendwie ad acta gelegt zu werden. Sie besteht und lebt in voller Kraft. Inzwischen haben auch die Reichswahlen gezeigt, daß die große Mehrheit der deutschen Wählerhaft

auf dem Boden des Verständigungsfriedens

des Reichstages steht. (Sehr wahr!) Das deutsche Volk ist bereit, einen Frieden der Verständigung auf der Grundlage beiderseitiger Interessen und wirtschaftlicher Gleichberechtigung jederzeit anzunehmen. Dabei bleibt's, das mag alle Welt wissen! (Leb! Zustimmung b. d. Mehrheit.) Leider besteht die gleiche Bereitschaft zum Frieden auf der Seite unsrer Gegner noch nicht. Ein Vergleich zwischen den jüngsten Reden Balfours und Balfours beleuchtet scharf die Situation. Die Hauptfrage ist: ist man bereit, heute gleich sich an den Verständigungsfriede zu setzen. Die deutsche Regierung hat ihre Bereitschaft dazu erklärt, auf der anderen Seite aber erwartet man noch immer die Entscheidung von den Waffen. Die deutsche Regierung muß volle Klarheit schaffen, daß der annerkennungsfähige Verständigungsfriede sich auch auf Belgien bezieht. Eigentlich ist das klar, leider aber wird von einflussreicher Seite immer noch der Gedanke von Annerkennung in Belgien propagiert, und das macht sich die Entente zunutze. Auf dieser

Politik der Kriegsverlängerung

lastet eine schwere Verantwortung. Die deutsche Regierung muß endlich deutlich auch in dieser Frage ihre Stellung klarlegen. (Sehr richtig! b. d. Geg.) In dem Moment hört Belgien auf, eine Masse für die englischen Kriegstreiber zu sein und vermindert sich in eine Masse zur Befreiung der Friedensstimmung in dem Kampfe. (Sehr wahr! b. d. Geg.) Balfour freilich hat gemeint, eine Erklärung bezüglich Belgiens genüge noch nicht, und verwies auf Elch-Verträge. Darauf müssen wir antworten: Elch-Verträge ist überwiegend altes deutsches Land. Der aus dem demokratischen Völkern hervorgegangene Landtag hat klar bekundet, daß er das Programm der französischen Natio-

nachsten nicht teilt. Die Elsäßer wollen volle Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches. Das will auch die deutsche Sozialdemokratie, und die französische Sozialdemokratie hat vor dem Krieg das Ziel akzeptiert. (Sehr wahr!) Wir fordern daher, daß Elsäßer die volle Autonomie alsbald gewährt wird, daß dem Landtag die volle Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird und die militärische Willkürherrschaft dort aufhört. (Bravo! b. d. Soz.) Wir bedauern tief, daß das Morde in Westeuropa weitergeht. Wir bewundern den Heldennut unserer Truppen und danken ihnen. Aber als einzig zu verantwortendes Ziel dieser Kämpfe erachten wir die Erringung der Friedensbereitschaft unserer Gegner. Am dem Tage, wo dies Ziel erreicht ist, wo unsere Gegner sich bereit erklären, zu verhandeln über einen Frieden auf der Basis der beiderseitigen Integrität, der weltwirtschaftlichen Gleichberechtigung, wird das Morde sein Ende nehmen. Niemand im Deutschen Reich hätte die Macht, den Krieg darüber hinaus zu weitergehender Ziele willen fortzusetzen. Das deutsche Volk hat seinen Friedenswillen bekundet. Möge das nun die Völker der mit uns Krieg führenden Staaten auch ihrerseits tun. Von ihrem Willen hängt es ab, der Menschheit endlich den Frieden zu geben, der nicht ein bloßer Waffenstillstand mit neuen wahnsinnigen Rüstungstreibern, sondern ein Friede der Wiedergewinnung

des erhöhten Kulturlebens sein kann. Gelingt es, im Sinne der Reichstagsresolution eine Begrenzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu erzielen, so wird das deutsche Volk dem mit vollem Herzen zustimmen. Das deutsche Volk ist frei von einer überheblichen Selbstgerechtigkeit, die die Völker trennt in solche, die für Freiheit und Recht wollen, und solche, die dem Götzenbild des Geldes verfallen sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es weiß sehr wohl, daß kapitalistische Gewinnier und imperialistische Gewaltanbetung auch in Deutschland während des Krieges die wahren Organe seien. (Sehr wahr!) Möge die Regierung gegen diesen Götzenbild in eignen Lande Front machen. (Sehr wahr! Leb! Zufimm. b. d. Soz.)

Angesichts des fünften Kriegswinters muß die Regierung das Neueste tun, die Ernährung sicherzustellen. Daß man heute noch sagt, Preußen zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, ist ein Skandal! (Sehr richtig!) Wenn die Regierung es zuläßt, daß das Königswort zum Gespött der Welt wird, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab. (Sehr richtig!) Die Demokratie muß und wird trotz aller Widerstände auch in Deutschland ihren Weg finden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Graf Westary (konj.): Den „Kreuzzeitung“-Artikel hat der Vortredner nicht verstanden. (Lachen und Hal-Runse links.) Im übrigen geben die Artikel nur die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die russische Revolution, die von unsern Sozialdemokraten so begeistert aufgenommen wurde, hat sich nicht als ein Unrecht zu einer höheren Ordnung bewiesen. Für Deutschland gibt es nur ein Ziel: seine Sicherheit zu schützen. Darum müssen wir unsere Grenzen weit nach Osten hinauschieben. Eine österrussisch-polnische Personalunion würden meine Freunde nicht begrüßen. Die von Dr. David vorgebrachten Fälle militärischer Verstöße in den besetzten Gebieten bezweifle ich. (Widerpruch des Abg. David.) Der deutsche Einfluß auf die Ostprovinzen muß ausgebaut werden, schon um ein Festhalten der Engländer im Baltikum zu verhindern. (Sehr richtig! rechts.) Möge es der Heimatsregierung der Ukraine bald gelingen, dort geordnete Verhältnisse herbeizuführen. In Finnland ist das mit unserer Hilfe geschehen. Ein starkes Finnland ist auch ein starker Schutz gegen das Eindringen Englands über die Мурманbahn in Rußland. Am ungeklärtesten sind die Dinge in Großrußland. Hier weiß man heute noch nicht, was der morgige Tag bringt. Unsere Politik muß nach festen, zielbewußten Richtlinien geführt werden. In dieser Beziehung habe ich einen Teil der Ausführungen des Staatssekretärs Kühlmann nicht ohne schwere Besorgnis gehört. (Sehr wahr! rechts.) Daß niemand eine deutsche Weltbeherrschung will, ist selbstverständlich. Aber mit der Aufstufung der Ziele, die Herr Kühlmann nannte, ist wenig erreicht. Es kommt auf die Wege an, auf welchen sie erreicht werden. Die Abschaffung des Völkerechts und Seehüterrechts kann durch Verträge allein nicht erreicht werden, denn im Krieg werden die Verträge nicht beachtet. Wir müssen fordern, daß die Regierung auch in bezug auf die Wege ein festes Programm hat und entschlossen ist, es durchzuführen. Hier haben wir nach der heutigen Rede Kühlmanns ernste Besorgnis. Mit den Ausführungen über die am Kriege Schuldigen hat der Staatssekretär ein Kriegsverbrechen begangen, das eigentlich schon begangen war. England ist es, das die ausschließliche Herrschaft über die Welt und die Meere anstrebt. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb war es seit Jahren beschlossene Sache, Deutschland zu vernichten, deshalb ist England der intellektuelle Urheber dieses Krieges. Es handelt sich allerdings hier um einen Kampf von Weltanschauungen, um den Kampf gegen den Götzenbild des Geldes. (Große Heiterkeit links.) Wir müssen unsere Stellung in der Welt auch gegen den Willen Englands behaupten. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, daß Belgien und die flandrische Küste unter deutschem Einfluß bleiben. Die Erklärung, daß wir auf alles außer der Integrität zu verzichten bereit sind, ist nicht geeignet, den Friedenswillen der Feinde zu stärken. (Sehr richtig! rechts.) Daß zu einem Friedensschluß Verhandlungen gehören, ist eine Banalweisheit. Aber die Voraussetzung ist, daß die Feinde verhandeln wollen. Dazu muß man sie zwingen, und das einzige Mittel dazu ist der Sieg

der Waffen. Der Staatssekretär sieht nicht dieser Meinung zu sein. Ich kann es mir allerdings nicht recht denken. Der Staatssekretär würde damit seine günstige Stimmung bei den Truppen auslösen. (Sehr richtig! rechts.) und er würde sich damit in Widerspruch setzen mit Kundgebungen aller Art, die stets betont haben, daß nur der Sieg der deutschen Waffen uns zum Ziele führen kann. Wir vertrauen darauf, daß unsere Feldherren die rechte Zeit und den rechten Ort für den Sieg finden werden. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Weiterberatung wird auf Dienstag 2 Uhr vertagt.

Das Ende des Vorstoßes.

Am Montag veröffentlicht der Wiener Generalstab folgenden Bericht: Die durch Hochwasser und Witterungsunbill entstandene Lage veranlaßte uns, den Montello und einige Abschnitte anderer auf dem rechten Piave-Ufer erkämpften Stellungen zu räumen. Der hierzu schon vor vier Tagen erteilte Befehl wurde trotz den mit dem Uferwechsel verbundenen Schwierigkeiten so durchgeführt, daß dem Gegner unsere Bewegungen völlig verborgen geblieben sind. Mehrere der bereits geräumten Linien waren gestern das Ziel starker italienischer Geschützwirkung, die sich stellenweise bis zum Trommelfeuer steigerte. Auch feindliche Infanterie ging gegen die von uns verlassenen Gräben zum Angriff vor: sie wurden durch unsere Fernbatterien zurückgetrieben.

Der italienische Bericht stellt dieses Ereignis so dar: Vom Montello bis zum Meer ist der Feind geschlagen und geht, von unsern tapfern Truppen verfolgt, in Unordnung über die Piave zurück.

Der „Voss. Ztg.“ schreibt ein militärischer Mitarbeiter zu dieser Zurücknahme der österrussischen Truppen: „Wenn von einer solchen Zurücknahme überhaupt noch die Rede sein kann, denn bei der elementaren Macht der Ereignisse, dem ungeheuren Anschwellen der Piave, deren Wassermassen aus dem Gebirge in unzähligen Strömen zu Tale schossen und sich in dem ein Kilometer breiten, fast ausgetrockneten Flußbett zum Riesentrommel vereinigen, der alles hinwegjagte, was die Kunst der Pioniere unter größter Selbstaufopferung in den letzten acht Tagen geschaffen hatte, ist wenig Hoffnung, daß größere Truppenmengen überhaupt das jenseitige Ufer erreichen konnten. Hiernach dürfte also wohl zu erwarten sein, daß der erlogenen Siegesmeldung der Italiener eine zweite folgt, die den Versuch machen wird, durch Gefangenen- und Deutezahlen, die leider zu treffen werden, den Beweis zu erbringen, daß es sich um einen beispiellos großen Sieg handelt. Und demnach ist es ein Pyrrhus-Sieg gewesen.“

Türkisch-bulgarische Differenzen.

Im Hauptauschuß des Reichstags wurde der rumänische Friedensvertrag eingehend besprochen, die wichtigsten Erörterungen jedoch als „vertraulich“ erklärt und deshalb von der Richterstattung ausgeschlossen.

Nur über eine größere Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann wird ausführlich berichtet. Er entzihen wir die folgenden Sätze über die Differenzen zwischen türkischen und bulgarischen Ansprüchen, die auch weitere Kreise interessieren werden. Kühlmann sagte:

Die Türkei hatte sich an der Eroberung der Dobrudscha mit erheblichen Truppenmengen beteiligt und hierbei durch Krankheit und Gefechte viele Leute verloren lassen, mithin erhebliche Opfer an Gut und Blut gebracht. Die Türkei suchte hierfür Kompensationen auf dem Gebiete, das unmittelbar vor dem Eintritt Bulgariens in den Krieg von der Türkei an Bulgarien an der Marika abgetreten war. Diese damals in ziemlicher Hast durchgeführten Konzeptionen haben in der Tat eine höchst unerwünschte Grenze geschaffen. Ramentlich ist die Vorstadt Karagatsch von Adrianopel an Bulgarien übergegangen. Jedem objektiven Betrachter war es unzweifelhaft, daß hier etwas geschehen sei, was auf die Dauer nicht bestehen könnte und daß hierüber freundschaftliche Auseinandersetzungen und Klärstellungen ein Gebot der Notwendigkeit seien. Leider bestehen zwischen unsern beiden Verbündeten noch aus den Balkankriegen gewisse gefühlsmäßige Instimmigkeiten, welche die Behandlung der so heikeln Grenzfragen dornig erscheinen lassen.

Deutschland und Oesterreich haben sich nach Kühlmann bis heute nach Kräften bemüht, einen Ausgleich zu schaffen, welcher

den beiderseitigen Wünschen und Interessen entspricht. Je eher ein solcher Ausgleich erfolgt, je eher der endgültige Lebensgang der Norddobrudscha an Bulgarien vor sich gehen kann, desto besser ist es, meint Kühlmann, für das Interesse des gesamten Bündnisses.

Notizen.

17 500 Tonnen. Amtlich wird gemeldet: Unsere Unterseeboote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, vorwiegend im Kanal, wiederum 17 500 Bruttoregistertonnen feindlichen Handelschiffsräume vernichtet.

Wieder ein „Vorwärts“-Verbot. Die Abgeordneten Erdelen und Scheidemann haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: „Der stellvertretende Kommandierende General des 2. Armeekorps, von Vietinghoff, hat durch eine Verfügung vom 19. Mai 1918 das Halten des „Vorwärts“ für sämtliche Lazarett seines Befehlsbereichs verboten. Das Verbot ist dann auch auf den in Estlin erscheinenden „Volksboten“ ausgedehnt worden. Mit dem Herrn Reichskanzler dieses Vorgehen des Generals von Vietinghoff bekannt und ist er bereit, die Aufhebung dieser Verfügung herbeizuführen?“

Branting in London. Reuter meldet aus London: Der schwedische Sozialistenführer Branting ist in London angekommen, um an der Arbeiterkonferenz teilzunehmen.

Vor der Intervention in Sibirien. Dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ zufolge besagen die letzten aus Washington eingetroffenen Telegramme, daß die Alliierten die amerikanische Regierung immer dringlicher für eine Intervention in Sibirien zu gewinnen suchen. Die Exchange Telegraph Company meldet aus Tientsin, daß man der japanisch-chinesischen Intervention in Sibirien merklich näher komme.

Der Prozeß gegen die „Deutsche Zeitung“. Gegen die schwerindustriell-annektionistische „Deutsche Zeitung“ sowie die gesinnungsverwandten „Aldeutschen Blätter“ hatte der Vizekanzler wegen der bekannten Anwürfe gegen Herrn von Kühlmann Strafantrag gestellt. Die Klage wird am 4. Juli vor der 7. Strafkammer des königlichen Landgerichts 1 in Berlin verhandelt werden.

Pause.

B. Z. N. Großes Hauptquartier, 25. Juni 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Das tagsüber mäßige Artilleriefeuer wurde am Abend in einzelnen Abschnitten lebhafter. Die Erkundungstätigkeit blieb reger. Südlich der Scarpe und auf dem westlichen Abre-User machten wir Gefangene.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuerwirkung griff der Feind mit mehreren Kompanien auf dem Nordufer der Aisne an. Im Gegenstoß wurde der Angriff abgewiecen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Zahl der gestern früh von brandenburgischer und thüringischer Landwehr östlich von Sabonviller eingebrachten gefangenen Amerikaner und Franzosen hat sich auf mehr als 60 erhöht.

Leutnant Billit errang seinen 20. Lufttag. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Juwelen Goldschmuck Silber

an uns verkauft, ist beste Heimathilfe für den Entscheidungskampf!

(Gold- und Silberanlaufsstelle, Gr. Mühlstraße 6, 1, werktäglich geöffnet von 10 bis 12 1/2 Uhr, sowie bekannte Süßstücken, den ganzen Tag geöffnet. 1547)

Zirkus-Lichtspiele
Bis einschließlich Donnerstag den 27. Juni:
Der große zugkräftige Schlager
Die Spur seiner Sünden
5 Akte. Nach dem Roman von Oskar Wilde. 5 Akte.
Der ewige Zweifel
Ein Lebensbild in 3 Akten.
Beginn 4 Uhr, Ende 10 Uhr.

Palast-Theater Burg
Spielplan vom 26. bis 29. Juni:
Das fidele Gefängnis
Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle: **Harry Liedtke.**
Jimmy Valentine
Drama in 4 Akten.
In der Hauptrolle: **Robert Warwick.**
Nur noch heute Dienstag:
Fritz Waldemar mit Bruno Kastner.
Die Leitung: **Otto Woblfarth.**

ZENTRAL THEATER
Dienstag und folgende Tage:
Nanon.
Donnerstag 25. Aufführung!
Freitag: Arbeiter-Befreiung.

Katholik THEATER
Direktion: Gustav Rind
Heute 7 1/2 Uhr:
Dornenvolle Wege
Schauspiel in 4 Akten
Nach dem Roman des General-Kriegers von H. Wilten.
Hörerkonzert 11 bis 1 Uhr

Stephanshallen
Direktion **Rich. Freherz**
Täglich abends 7 Uhr
Sonntags ab 3 Uhr nachm.
Erstklassige Varieté-Vorstellung!

Wilhelm-Theater.
Mittwoch den 26. Juni und folgende Tage der große Schlager
Immer Zeit, o selbige Zeit!
Montag den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Sonders für das gesamte Sparsperpersonal
Sie müßige Witwe.

Viktoria-Theater.
Mittwoch den 26. Juni
Freitag 7 1/2 Uhr
Renaissance.
Donnerstag den 27. Juni
Menschensfreunde.

Lichtschauhaus Panorama.
Ab Freitag den 28. Juni:
Der gewaltige Kulturfilm
Es werde Licht (3. Teil)
— 5 Akte. —
Als Fortsetzung der beiden bereits vorgeführten ersten Abteilungen bietet der 3. Teil demnach ein selbständiges Filmwerk mit völlig in sich abgeschlossener Handlung.
Erhöhte Eintrittspreise.
Beginn wochentags 4, Sonntags 3 Uhr. Ende 10 Uhr.

Künstliche Limonaden } pro Liter 1.75 RM
mit Mandarinen-Aroma
Spezialität "Eislimetta" } pro Liter 2.00 RM
mit Apfelsinen-Aroma 1464 ohne Zucker
G. Haferkorn Nachf., Brühlstraße 12a

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 25. Juni 1918.

Scheitert der Straßenbahnvertrag?

Nach langwierigen Verhandlungen, veranlaßt durch die am 1. Juli in Kraft tretende Reichsverkehrssteuer, hat am letzten Donnerstag die Stadtverordneten-Versammlung in erster Lesung einem Nachtragsvertrag zwischen Stadt und Straßenbahn fast einstimmig ihre Zustimmung gegeben. Eingehende Beratungen des Kleinfahrausschusses hatten die für Außenstehende zunächst nicht faßbare glatte Erlebigung vorbereitet. Als eine wesentliche Gegenleistung für den von der Straßenbahn verlangten 15-Pfennig-Tarif, der — in den nächsten Jahren sind besondere Aufwendungen nicht zu machen — den Aktionären gute Gewinne verspricht, verlangten die städtischen Behörden günstigerer Uebernahmebedingungen. Der nächste Termin für die Uebernahme ist nach dem Nachtragsvertrag vom vorigen Jahre erst 1930. Der Uebernahmepreis wird nach dem jetzt geltenden Vertrag berechnet nach dem Tagwert der gesamten Straßenbahnanlagen und nach dem Ertragswert. Von dem Tagwert kommt die Hälfte in Anrechnung, während von dem Ertragswert, der sich aus dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre ergibt, ebenfalls die Hälfte genommen und mit 16 multipliziert wird. Die so gefundenen Summen ergeben den Uebernahmepreis.

Alle Voraussetzungen nach bekommen wir für keinen Gebrauchszweck wieder Friedenspreise. Hierdurch kommt die Straßenbahngesellschaft bei der Berechnung des Tagwertes in eine vorteilhafte Lage. Damit nun bei der Berechnung des Ertragswertes die der Straßenbahn zuzurechnenden Vorteile des 15-Pfennig-Tarifs nicht noch obendrein kapitalisiert, von der Stadt bei der Uebernahme zu bezahlen sind, verlangte die Stadt eine bestimmte Begrenzung. Von der Straßenbahn wurde als Höchstbetrag des Ertragswertes 7 Prozent des in ihren Anlagen festgelegten Kapitals in Vorschlag gebracht. Kleinfahrausschuß und Stadtverordneten-Versammlung halten 6 Prozent für das Äußerste, was hier zugestanden werden kann. Das heißt mit anderen Worten: nachdem die Straßenbahn 30 Jahre lang glänzende Geschäfte gemacht hat, verlangt sie nach dieser Zeit bei Auflösung des Vertragsverhältnisses noch 112 Prozent (das Sechsfache von 7 Prozent) des Anlagekapitals angerechnet zu bekommen, während von der Stadt 96 Prozent (16mal 6 Prozent) nach Lage der Verhältnisse als ausreichend bezeichnet werden. Besondere Abschreibungen auf das Anlagekapital sind bisher nicht gemacht worden und auch für die Zukunft nicht zu erwarten.

Wie wir nun erfahren, ist der Ausschussrat der Straßenbahn — welcher es bisher abgelehnt hat, mit dem städtischen Delegationen persönlich zu verhandeln — zusammengetreten und hat auf Vorschlag des Straßenbahndirektors beschloffen, die Forderung der Stadt, daß höchstens 6% des Anlagekapitals berechnet werden sollen, abzulehnen und das bisherige Angebot der Straßenbahn bis Ende dieser Woche zu bekräftigen. Mit diesem Ultimatum scheint das Schicksal der Straßenbahnvorlage entschieden. Daß vor der Fassung dieses Beschlusses auch ein Vertreter der Stadt nicht gehört wurde, ist bezeichnend für die ganze Situation. Nach unserer Auffassung ist der Ausschussrat der Straßenbahn sehr im Irrtum, wenn er glaubt, in diesem Punkte auf Nachgiebigkeit bei der Stadt rechnen zu können. Scheitert der Vertrag in letzter Stunde hieran, so mögen sich die Aktionäre bei ihrem Direktor und Ausschussrat bedanken. Die Stadt ist sehr weit gegangen, nach Ansicht vieler schon zu weit und kann unsere Erwartung dieses Ultimatum der Straßenbahn auf keinen Fall genehmigen. Will die Straßenbahngesellschaft es auf ein Entweder-oder ankommen lassen, so kann es der Stadt recht sein. Wir sind überzeugt, daß jene an einer schiedsrichterlichen Entscheidung, die dann gefällt werden muß, nicht viel Freude erleben wird, wenn es auch tief bedauerlich ist, daß die Verkehrsnot in Magdeburg weiterhin unbeseitigt bleibt infolge der hartnäckigen Bestimmung des einseitigen kapitalistischen Interesses durch eine Gesellschaft, die nicht nur ein kapitalistisches Unternehmen sein sollte, sondern als ein Verkehrsunternehmen auch ein wenig auf die Allgemeinheit Rücksicht nehmen sollte.

Wieder die Raumnot.

Wenn über „große Tage“ im Reichsparlament berichtet werden muß, kommt die „Volksstimme“ bei ihrer knapp zugemessenen Papierration immer arg in Verdrängnis. So geht es ihr auch wieder in diesen Tagen. Die wichtigsten Reichstagsberichte müssen gebracht werden, für andre ebenfalls sehr bedeutungsvolle Sachen ist darum nur wenig Raum vorhanden. Der erfreulich große Abonnentenzuwachs macht es unmöglich, die Seitenzahl für die einzelne Nummer zu vermehren. Weiter hat sich auch das Kriegswirtschaftsamt noch nicht von der Notwendigkeit überzeugen lassen, daß einer so weitverbreiteten und vielverlangten Zeitung, wie es die „Volksstimme“ ist, entsprechend ihrem Aufstieg auch die Papierration vermehrt werden muß. Die Bemühungen der Geschäftsleitung um mehr Papier werden selbstverständlich fortgesetzt. Vorläufig muß sie aber wieder bitten, bei der Beurteilung der Zeitung Rücksicht wachen zu lassen.

Die Zeitung

ist jetzt notwendiger denn je im Hause. Sie darf jedoch nicht nur Nachrichten vermitteln, sie muß auch Kämpferin und Führerin sein. Als Kämpferin und Wortführerin für das Volk hat sich die

„Volksstimme“ bewährt.

Ihre steigende Abonnentenzahl ist ein Beweis dafür. Werbt für die „Volksstimme“, der Quartalswechsel bietet die beste Gelegenheit. Die „Volksstimme“ kostet monatlich 1,25 Mark, im Feldpostabonnement die gleiche Summe.

Die Kleiderabgabe.

Der Magistrat schreibt uns: Ueber die freiwillige Kleiderabgabe herrscht noch immer im Publikum eine ganz falsche Auffassung. Abgesehen davon, daß man die dafür gezahlten Preise bemängelt und an dem von der Reichsbedarfsstelle festgesetzten Modus über die Verteilung der gesammelten Gegenstände allerlei auszuhebeln weiß, richten sich manche Kritiken insbesondere dagegen, daß man der Meinung ist, die hier gesammelten Gegenstände kämen nur einer einzigen, ganz schärf umgrenzten Klasse der Bevölkerung zugute, nämlich den Müllungsarbeitern. Demgegenüber sei jedoch festgestellt, daß die auf diesem Wege gesammelten Kleider durchaus nicht etwa einzig und allein für die Müllungsarbeiter gesammelt werden, sondern daß an diesen Kleidern alle diejenigen unbemittelten Schichten teilnehmen, die als wirklich bedürftig und unbemittelt anerkannt werden müssen. Angesichts der großen Not, die hinsichtlich der Kleiderfrage besteht, müssen wir es für eine Ehrenpflicht eines jeden ansehen, der überhaupt ein Kleidungsstück entbehren kann, wenigstens einen Anzug zu liefern. Es ist aber auch notwendig, daß diejenigen, die in dem glücklichen Besitz von einer ganzen Reihe von Anzügen sind, hier nicht zurückstehen dürfen, sondern die moralische Verpflichtung empfinden, von ihrem Ueberfluß mehr als einen entbehrlichen Anzug abzugeben. Viele 10 000 Anzüge sind zwar schon im Deutschen Reich zusammengekommen, aber noch viele 100 000 Anzüge müssen geliefert werden, und zwar binnen kurzer Zeit, wenn wir nicht mit schwersten Sorgen der künftigen Entwicklung, zumal im Winter, entgegensehen wollen. Sollte die der Stadt Magdeburg auferlegte Menge von freiwillig abzuliefernden Garben nicht herbeigeschafft werden, so sieht sich die Reichsbedarfsstelle genötigt, zu schärferen Mitteln zu greifen, durch die dann zwar das Fehlen mit Sicherheit herbeigeführt, gleichzeitig aber gegen die dafür Säumigen Maßnahmen ergriffen werden, die sie selbst verschuldet haben. Wir bitten daher nochmals dringend, die Zeit bis zum 15. Juli auszunutzen und die Ablieferung mindestens eines Anzugs für alle, die es ermöglichen können, nachzuholen.

Der kälteste Tag im Juni. Seit Bestehen der Beobachtungen der königlichen Meteorologischen Anstalt, die bis zum Jahre 1843 zurückreichen, war der letzte Sonntag der kälteste Tag im Juni, der zu verzeichnen ist. In Berlin hatte man im Mittel 9 Grad Celsius, also erheblich weniger als im Juni 1899 mit 11 Grad Celsius. An der Küste und im Westdeutschland war es zum Teil noch schlimmer, denn dort hatte man sogar recht erhebliche Fageisfälle auszuhalten. Der Sturm hat natürlich allenthalben viel Schaden angerichtet, in den Ostbäumen übel gehaust und die Spalierreihen mit den reifenden Früchten schlimm mitgenommen. Auch die Fernsprecheinrichtungen hatten ihr Teil abbekommen.

** Steuern. Der Magistrat gibt bekannt: Für das Rechnungsjahr 1918 (1. April 1918 bis 31. März 1919) werden an Steuern und Abgaben, abgesehen von den durch Eingemeindungs-Verträge bedingten Abweichungen, erhoben: 200% der Staats-Einkommensteuer einhalb der für Einkommen von 680 bis 900 Mark veranlagten fingierten Normalsteuerrate, 200% der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, 100% der Betriebssteuer, 3 46/100 des gemeinen Wertes der Grundstücke als Gemeinde-Grundsteuer. Die Zuschläge sind durch Beschluß des Bezirks-Ausschusses vom 1. Juni 1918 und hinsichtlich der Einkommensteuer durch Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 14. Juni 1918 genehmigt. Mit der Zustellung der Steuerzettel wird am 26. d. M. begonnen. Die Steuerzahler werden ersucht, im eigenen Interesse die Zahlung der für das 1. Vierteljahr fälligen Beträge möglichst bald zu bewirken und nicht bis zu den letzten Hebelagen zu verschieben, auch den zu zahlenden Betrag abgezählt bereitzuhalten, da nur dann eine schnelle Abfertigung zu ermöglichen ist.

** Die Steuerliste der für das Rechnungsjahr 1. April 1918 bis dahin 1919 mit einem Einkommen von 420 bis 660 und 660 bis 900 Mark fingiert veranlagten Personen wird vom 27. Juni bis einschließlich 10. Juli d. J. während der Dienststunden öffentlich ausliegen: für Altstadt im Steuerbureau, Spiegelstraße 1 I, für die Stadteile Sudenburg (einschließlich Lemsdorf), Neuenhagen und Buckau in den dortigen Rathhäusern, für die Stadteile Rothensee, Cracau/Pfeffer, Fernersleben, Salbke-Westerhagen in den dortigen Verwaltungsbureaus. Berufungen gegen die Veranlagung sind binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungssfrist an die Einkommensteuer-Veranlagungskommission z. B. des Regierungsrats Adam hier — Bureau Tränkeberg 43/45 — zu richten.

— Rentenzahlung beim Hauptpostamt. Die Zahlung der Heeresbezüge für Juli findet am 29. Juni von 8 bis 12 und 4 bis 7 Uhr, am 2. Juli nur von 8 bis 12 Uhr für diejenigen Personen statt, die im Briefstellbezirk des Hauptpostamts wohnen. Der Zugang zu den Zahlstellen befindet sich in der Prälatenstraße. Vom 3. Juli an bis zum nächsten Hauptzahltag, 29. Juli, findet die Abfertigung am Breiten Wege in der Briefschalterhalle von 8 bis 12 Uhr vormittags statt. Am 1. Juli bleiben die Zahlstellen für Heeresbezüge geschlossen. Die Alters- und Invalidenrenten usw. werden am 1. und 2. Juli von 8 bis 12 und 4 bis 7 Uhr, später nur von 8 bis 12 Uhr vormittags, gezahlt. Die Lage der Zahlstellen bleibt unverändert.

— Kriegs-Feisenhandel. Der Kaufmann Max Wuttke von hier betrieb seit Oktober 1917 einen Handel mit Seife und bot diese in den Zeitungen zum Kaufe an. Am 24. Oktober sandte er einem Besteller 12 Stück Seife für 37 Mark. Als die Sendung zur Zufriedenheit ausgefallen war, erfolgte eine neue Bestellung auf 300 Stück Seife. Wuttke sandte diese auf Nachfrage von 545 Mark ab, ließ aber an der Sendung 79 Stück fehlen. Von der Nachnahme erhielt er auf erhobenen Einspruch nur die Hälfte ausgezahlt. Nach seinem Geständnis hat er wiederholt Seife ohne Marken abgegeben und dabei den Höchstpreis erheblich überschritten, dadurch aber auch die Kleinhändler veranlaßt, ihrerseits ebenfalls höhere Preise zu nehmen. Die Strafkammer des Landgerichts erachtete durch die Verhandlung nur die Höchstpreisüberschreitung und die Abgabe von Seife ohne Marke für erwiesen und erkannte dieierhalb auf 12 Tage Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Von der Auflage des Rückfalls betrug erfolgte Freisprechung.

— Verbrechen gegen das feimende Leben. In nichtöffentlicher Sitzung verurteilte das Schwurgericht dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß das Dienstmädchen M. R. zu Gutenswegen wegen versuchten Verbrechens gegen § 218 des Strafgesetzbuchs zu 4 Monaten, die verschlechte M. S. von hier wegen Beihilfe dazu zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Auf die Strafen werden je 2 Monate Untersuchungsfrist als verbüßt angerechnet.

× Gestohlen wurden in der Nacht zum 24. d. M. aus einem Keller in der Fürst-Georgs-Strasse ein grünlischer Jacketanzug, zwei braune weißgeputzte Damen-Handschuhe, zwei weiße Babelücher, ein weißes Tischtuch, ein Reisekorb und 4 Flaschen Wein; am 24. von einem Wagen in der Schloßstraße eine Kiste im Gewicht von 42 Kilogramm, enthaltend Zigaretten, auf dem Kleinen Stadtmarsch ein grauer Handwagen, auf dem sich vier Räder befanden.

× Verhaftet wurde eine Arbeiterin, die am 19. d. M. einer Frau in der Wolfenbüttelei Straße, bei der sie kurze Zeit wohnte, aus dem Küchenschrank 150 Mark und am 21. aus einem Schrank, den sie mittels falschen Schlüssels öffnete, ein Sparkastenbuch gestohlen hat. Von dem Buche hob sie 200 Mark ab und rübete dann die Entzuehung über die Abhebung aus. Das ganze Geld hat sie zur Anschaffung von Kleidungs- und Wäscheutensilien verausgabt. Ein geistlicher Arbeiter wurde festgenommen, weil er am 30. v. M. einem Kutsher in der Hundsbürger Straße 10 Mark und Ausweispapiere gestohlen hat.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thiem.
(33. Fortsetzung.)

Wieder wurden hier Minuten zu Ewigkeiten. Es dauerte geraume Zeit, bis der Wolf sich näherte, so daß Margarete hoffte, er werde sich zurückziehen. Aber er tat es nicht. Nach einiger Zeit vernahm sie das Rascheln des Strauchwerks, hörte sie das leise Geräusch seiner Tritte. Jetzt berührte die kalte, schlüpfrige Nase ihre Hand. Alle Kraft mußte sie zusammenraffen, nicht aufzuspringen und davonzulassen, aber sie wußte, es würde ihr nichts helfen. So zwang sie sich zur Erhebung einer totenhähnlichen Startheit. Wieder zauderte das Tier — die Wärme der Hand machte ihn wohl süchtig. Und wieder tappte er näher heran, sein rauher Kopf rührte an ihrem Gewand hin. Wie aber im nächsten Augenblick die flebrige Schwand des Raubtiers ihr Sinn berührte, hielt sich das verlassene Mädchen nicht länger, ihr lautes Angitgeschrei hallte durch die Stille der Nacht. Erschrocken fuhr der Wolf zurück, so weit, daß er mit seinen Hinterbeinen den dichten Blätterhalm auseinanderdrängte. Da zögerte er voll neuem — er schien nicht Lust zu spüren, die süßere Beute aufzugeben. Wer weiß, welches Ende der Lustritt genommen haben würde, wenn nicht ein paar Schüsse, die auf der Landstraße fielen, die Krise entschieden hätten. Sobald er das Knattern der gefährlichsten Feuerwaffen vernahm, gab Meister Hegrim Herzengeld, obgleich die Schüsse nicht ihm geolten hatten, sondern zufällig als Signale von Soldaten abgefeuert worden waren. Es waren weder die ersten noch die letzten in dieser Nacht.

Margarete war von dem Tiere befreit, doch trat jetzt eine andre Furcht an die Stelle der eben erledigten. Wenn

man ihr Geschrei gehört hatte, was dann? Sie lauschte, doch nirgends ein Fußtritt, ein Geräusch, außer auf der nicht weit entlegenen Straße. Immerhin war es besser, den Ort zu verlassen. Dableiben konnte sie nicht, sie hätte verhungern müssen. Sie mußte die Dunkelheit der Nacht benutzen, zwischen sich und die Gefahr eine weitere Strecke zu legen und ein Obdach zu suchen, das ihr zugleich die Aussicht auf die Erhaltung ihres Lebens gewährte.

Leise und vorsichtig trat sie aus ihrem Versteck, froch die Wöschung hinan und stand nun im Walde. Die Nacht war frisch, doch nicht so finster, wie sie gedacht hatte, der Mond stand hell am Himmel, zwar noch etwas tief, aber er war beinahe voll und würde ihr bis zum Morgen hindurch trenn bleiben. Eine Nacht, wie geschaffen zum Wandern — wenn sie nur gewußt hätte, wohin. Nach ihrer Heimat durfte sie nicht zurückkehren, ihr Dorf, so nahe der Stadt gelegen, bot ihr keine sichere Zuflucht. Auch mußte sie nicht, ob si. noch jemand von den Nachbarn lebend finden würde. Wo befand sie sich überhaupt? Die Kriegsteute hatten von Apolba als ihrem Ziele gesprochen. Aber waren sie auch dorthin geritten? Zudem kannte sie die Gegend gar nicht, sie mußte aufs Geratewohl ihren Weg suchen.

Noch immer ihr krankes Bein etwas nachschleppend, aber doch tüstigen, leichten Schrittes, nahm sie die Richtung nach der der Landstraße entgegengesetzten Seite. Das Terrain lag fast flach und unbewaldet vor ihr, um so eher konnte sie hoffen, vielleicht eine einzeln gelegene, von Einquartierung freie Siedelung zu entdecken, deren Bewohner wenigstens ihre dringendsten Bedürfnisse befriedigten. Sie lief und lief, änderte auch zu wiederholten Malen die Richtung, wenn sie von ferne Licht erblickte oder Geräusch hörte. Todmüde und halb verhungert, gelangte sie endlich — sie

mußte wenigstens vier oder fünf Stunden unterwegs sein — in einen schmalen, flachen Grund. Der Mond spiegelte sich ihr zur Seite in einem Wasser, anscheinend einem kleinen Bache, dessen Ufer mit Weiden und Erben bestanden waren. Sie zögerte nicht, ihren Durst in der kühlen Flut zu löschen. Etwas hoffnungsvoller schritt sie an dem Wäfferchen hin, an einer so geeigneten Stelle mußte doch irgendein Haus oder wenigstens eine Hütte zu finden sein.

Wirklich — sie jubelte auf — der Grund verbreiterte sich zu einer breiten, wiesenartigen Fläche — schwarze, tiefgre Schatten stiegen am Ende derselben empor. Das waren die Umrisse eines Hauses, oder vielmehr einiger Gebäude — sie täuschte sich gewiß nicht, es war eine Mühle, die sie vor sich hatte, und nach der Schweigamkeit und Einsamkeit umher zu urteilen, befanden sich gewiß keine ungeborenen Gäste darin. Immerhin hieß es Vorsicht üben. Bisher war sie noch niemand auf ihrem einsamen Pfade begegnet, nur zweimal hatte sie menschliche Gestalten in der Ferne erblickt, furchtlich wich sie ihnen aus. Ebenso furchtlich und leise näherte sie sich den Gebäuden.

Sie hatte sich nicht geirrt, es war eine Mühle. Das Mühlrad erhob sich vor ihr im Mondlicht, aber es klaperte nicht und drehte sich nicht. Sie erkannte deutlich, daß es nur Ueberreste waren, die sie sah, nur noch zwei oder drei Speichen hielten das Ganze notdürftig zusammen. Gewiß hatte der Müller seit vielen Jahren keine Tätigkeit eingestellt. Wer hatte auch Mehl zu mahlen in einer Gegend, in der seit Jahren feindliche oder fremdbliche Heere — es machte keinen Unterschied in der Behandlung — die unbefruchtete Herrschaft ausübten?

(Fortsetzung folgt.)

Bezirksverband Magdeburg-Anhalt.

Die Vertrauensleute und Mitglieder! Zahlreiche Eindrücke zum Herabsteigen haben in die Reihen der Parteimitglieder...

Sorge jeder, der in das Heer eintreten muß, dafür, daß er einen Nachfolger hinterläßt...

Die Beitragskassierung muß in der letzten Woche des Juni reiblos erfolgen...

Mit Parteigruß Der Vorstand. J. A. H. Heim.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wangelben. Egeln, 25. Juni. (Wesentliche Versammlung) Am 23. Juni fand im „Schwarzen Hof“ eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung statt...

Wahlkreis Wolmirstedt-Renhausenleben. Renhausenleben, 25. Juni. (10 Männer und 1 Frau) wurden in der Sonntagsnacht einem hübschen Gewitter geschloßen...

Wahlkreis Halbe-Aschersleben. Könnern, 25. Juni. (Fest der Kaufleute) Die Firma Könnern in Könnern feiert am 25. Juni die 100. Jahrestag der Gründung...

Schönebeck, 25. Juni. (Sommerferien) hatten die Arbeiter und Angestellten des hiesigen Gutes zur Verfügung...

(Jede Ausfuhr von Kirichen) mit Post, Bahn, Schiff, Luftschiff, Luftschiff, Luftschiff, Luftschiff...

(Eine Gewerkschaftsversammlung) für alle den Handel angehenden Gewerkschaften findet am Sonntag den 25. Juni...

Weserhagen, 25. Juni. (Der Zug der Kriegerfrauen) Eine Prozession mit großer Beteiligung war es nach vielen Stunden endlich gelungen...

Frau sich von ihren Kindern unterstützen lassen. Dem Gemeindevorsteher will es nicht in den Kopf...

Wahlkreis Salzwedel-Garbelegen. Garbelegen, 25. Juni. (Bei dem letzten Käseverkauf) hatten einige Einwohner das Glück...

(Sozialdemokratischer Verein) Am Sonntag den 29. Juni findet im Lokal des Genossen Holst...

(Der Konjum-Verein) für Garbelegen und Umgegend hielt seine 2. ordentliche Halbjahresversammlung ab...

Ein Durchhalter. Von einem eigenartigen Vorgefall ist der Führer der Vaterlandspartei in Mecklenburg...

Kleine Chronik.

Ein kostbares Kupferstück. Reliefe erhaltene Münzen von Kupfer in den Bedachungen großer Gebäude...

Im Fingerring zum Gericht. In einer großen Strafsache, die vor einer Berliner Strafkammer zur Verhandlung kam...

Die Todfunde. Bei einer Selbstvergiftung in Sachsen im Niederbayern hat der Generalstaatsanwalt...

Auch Kriegsgewinner. In München hat ein Bildhändler, ein fröhlicher Kellner, mit einem andern Kellner...

Theater, Konzerte etc.

Ein Gartenkonzert, ausgeführt vom städtischen Orchester, veranstaltete der Adreiter-Bildungsausschuß...

Mitteilungen der Direktionen. Viktoria-Theater. Heute Mittwoch: Renaissance; Donnerstag: Die Menschenfreunde...

Briefkasten.

S. D. 205. Die Frage ist unklar. Ein Bismarckweibel ist auch außer Dienst ein Bismarckweibel...

Wasserstände.

Table with columns for location (Elbe, Müritzer See, etc.), date, and water level. Includes sub-tables for 'Saale' and 'Havel'.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 26. Juni: Zeitweise aufklarend, tagsüber etwas wärmer; Regenpause, frühzeitig Gewitter.

Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung von Arbeiter- und Bauerngehilfen oder die der „Hausdiener“...

Kraft, Frauen u. Maschinenarbeit. Maschinenbau, Maschinenbau, Maschinenbau...

Geldverleihen. Geldverleihen, Geldverleihen, Geldverleihen...

Wohnungen für mehrere Familien. Wohnungen für mehrere Familien, Wohnungen für mehrere Familien...

Hausdiener. sofort oder später gesucht. Rechnungen 10-1. Altbekannteste Salabir. 2.

Arbeiter werden gesucht. Arbeiter werden gesucht, Arbeiter werden gesucht...

Wohnungen für mehrere Familien. Wohnungen für mehrere Familien, Wohnungen für mehrere Familien...

Wohnungen für mehrere Familien. Wohnungen für mehrere Familien, Wohnungen für mehrere Familien...

2 Schlosser. für alle Straßenbahn-Reparaturverhältnisse sofort gesucht...

Städtischer Licht- und Kraftwerke A.-G., Stabschef. Städtischer Licht- und Kraftwerke A.-G., Stabschef...

Paul Siebert, Magdeburg. Paul Siebert, Magdeburg, Paul Siebert, Magdeburg...

Schulze. Schulze, Schulze, Schulze...

Dampfflug-Maschinen, Pflugleute und Leute. Dampfflug-Maschinen, Pflugleute und Leute...

Willy Klauer, Magdeburg. Willy Klauer, Magdeburg, Willy Klauer, Magdeburg...

Kesselheizer. Kesselheizer, Kesselheizer, Kesselheizer...

Arbeiterinnen. Arbeiterinnen, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen...